



Pressemitteilung „Der Hessische Hof hat Platz: Einzelzimmer statt Massenunterkunft oder Straße“

Bereites Bündnis fordert dezentrale, menschenwürdige und Corona-konforme Unterkunft von Wohnungslosen und Geflüchteten in Frankfurt am Main

„In der B-Ebene der Haltestelle Eschenheimer Tor dürfen Obdachlose ab 1. November übernachten und es wird ein Wintercafé eingerichtet“ heißt es auf der offiziellen Webseite der Stadt Frankfurt. 150 „Übernachtungsmöglichkeiten“ mit entsprechendem „Hygienekonzept“ wurden in der U-Bahn-Station vom Sozialdezernat eingerichtet. Die Stadt will den Eindruck erwecken, Maßnahmen in der kalten Jahreszeit zu ergreifen. Doch Realität ist, dass keine Verbesserung der Wohn- und Übernachtungsverhältnisse erreicht wurde. Stattdessen lesen wir Jahr für Jahr die gleichen Schlagzeilen: Wohnungskrise, Luxusleerstand, Notunterkünfte. Sowohl Vorstellungsvermögen als auch der politische Wille für langfristige und menschenwürdige wohnungspolitische Konzepte fehlen bei der Stadt. Wir fordern eine dezentrale, menschenwürdige Unterbringung von Wohnungslosen und Geflüchteten jetzt!

Im April 2020 haben wir von der Initiative „Eine Stadt für Alle!“ bei einer Protestaktion vor dem Sofitel Hotel die Forderung „Open the Hotels“ aufgegriffen. Anschließend haben wir in einem Offenen Brief an Sozialdezernentin Birkenfeld nach der langfristigen Strategie der Stadt Frankfurt in Bezug auf eine menschenwürdige Unterbringung für Wohnungslose und Geflüchtete gefragt. Seitdem ist viel Zeit vergangen, jedoch wenig passiert. Wir haben bis heute keine Antwort auf den Brief erhalten. Wie jedes Jahr wird stattdessen in offiziellen Stellungnahmen der Stadt auf den „angespannten Wohnungsmarkt in Frankfurt“ verwiesen. Tausende Menschen leben in Frankfurt – teilweise seit Jahren – auf der Straße oder in Massenunterkünften. Diesen Menschen wird der Schutz durch eigenen Wohnraum verwehrt: Sie leben ohne ein eigenes, sicheres Dach über dem Kopf und sind Virus und Wetter ausgesetzt – und das nicht erst seit Ausbruch der Corona-Krise. Die Krise hat die Situation für die körperliche und seelische Gesundheit verschärft. Die anhaltende Ignoranz gegenüber der katastrophalen Wohnunterbringung von Wohnungslosen und Geflüchteten spricht für sich. Dabei wurde die „Open the Hotels“ Forderung bereits in einigen anderen deutschen Städten in die Praxis überführt. Das Beispiel in Hamburg zeigt, dass Hotelzimmer in Zeiten des Lockdowns nicht leer stehen müssen, sondern als temporäre Unterkunft genutzt werden können.

Mit unserer heutigen Protestaktion „Frankfurt hat Platz. Der Prinz von Hessen lädt ein“ fordern wir die umgehende Öffnung leerstehender Hotels und Wohnungen für Schutzsuchende, angefangen beim Hessischen Hof. Es handelt sich um ein Hotel, welches im November durch die Folgen der Corona-Pandemie seine Türen schloss. Im Zuge der Corona-Krise steht auch in Frankfurt ein Großteil der Hotelzimmer leer und ist damit sofort bezugsfähig. Der leerstehende Hessische Hof steht außerdem stellvertretend für die verfehlte Wohnungspolitik in der Stadt Frankfurt. Leerstehende Luxushotelzimmer und -wohnungen und Wohnungslosigkeit sind keine zufälligen Nebeneffekte, sondern stehen im Zusammenhang. Eine Stadt, die sich auf den Bau neuer Luxusquartiere konzentriert, wohlwollend mit finanzgetriebenen Investoren umgeht und wenig Interesse am Erhalt und der Förderung leistbarer Mieten zeigt, lässt Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen im Stich. Dies gilt einmal mehr für wohnungslose und geflüchtete Menschen, die auf vielen Ebenen und besonders auf dem Wohnungsmarkt marginalisiert werden.

Langfristig gibt es nur ein Mittel gegen Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnverhältnisse: Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Die Öffnung von Hotelzimmern kann nur eine Übergangslösung sein, die kurzfristig Not lindert. Für ein Leben in Würde benötigen alle Menschen in Frankfurt eine eigene Wohnung mit eigener Küche und Bad zu einem leistbaren Preis.

Wir setzen uns für ein Recht auf Wohnen für alle hier lebenden Menschen ein – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Heute am Tag der Menschenrechte wollen wir auf die Straße gehen und zeigen: Wohnen ist ein Menschenrecht und sollte auch in dieser Stadt endlich in die politische Praxis umgesetzt werden.